

Backbord

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Kiel
Nr.

DAUERPATIENT UKSH

Jahrzehntlang kümmerte sich keine Landesregierung um laufend nötige Sanierung und Modernisierung des einzigen universitären Klinikums der Maximalversorgung in SH mit knapp 10tausend Beschäftigten an beiden Standorten.

Durch die Gesundheitsreform, die dem UKSH eine der niedrigsten Basisfall-Werte in der Republik bescherte und dem immer offensichtlicheren Sanierungsstau ging das Land angesichts klammer Kassenlage dazu über, unzählige Beraterfirmen und Sanierer in das UKSH zu schicken. Diese verließen das UKSH mit gut gefüllten eigenen Geldbeuteln, dem Klinikum war damit aber nicht geholfen.

Auf Anraten des Wissenschaftsrates fusionierten 2003 die beiden Standorte Kiel und Lübeck zu einem gemeinsamen Universitätsklinikum, um damit Doppelstrukturen zu vermeiden und Forschung und Lehre besser zu koordinieren. Dies sollte Geld sparen und auch die Beschäftigten – die damals schon eine drohende Privatisierung befürchteten – schlossen einen Tarifvertrag, in dem sie ca. 120 Millionen Euro an Sanierungsbeiträgen durch Gehaltsverzicht und Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit leisteten, sich aber eine Beschäftigungsgarantie bis 2015 und das Verbot jeglicher Entscheidungen in Richtung Privatisierung bis 2015 sicherten.

Die Situation verschärfte sich allerdings mit der Finanzkrise, in deren Folge sich das Land eine „Schuldenbremse“ einbaute. Auf den finanziellen Prüfstand kam und kommt nun plötzlich alles, was „Sparpotential“ bietet, und dies betrifft vor allem die sozialen Aufgaben wie Bildung, Kindergärten, Beratungsstellen usw.. Die Folge waren massenhafte Demonstrationen

vieler Betroffener, wie z.B. Schüler/innen und Lehrer/innen, Erzieher/innen, Studenten und Beschäftigte der Krankenhäuser. Unter dem Motto „Gerecht geht anders – wir zahlen nicht für eure Krise“, wurde versucht, sich gegen die unsozialen Sparbeschlüsse zu wehren.

Doch des Volkes Wille verhallte ungehört, weiter kommt alles auf den Prüfstand, wo die Landesregierung „Einsparpotentiale“ sieht. Dies betrifft natürlich nicht die Banken und Konzerne, die mit millionenschweren Rettungsschirmen vor dem Ruin bewahrt werden müssen! Dafür ist dann genug Geld da, was wir bezahlen sollen!

Die öffentliche Daseinsfürsorge – erste Fürsorgepflicht eines Landes für seine Bürgerinnen und Bürger – wird dem Ausverkauf preisgegeben! Und damit sind wir wieder beim UKSH: mit der Fusion der beiden Standorte und den daraus folgenden Synergieeffekten, den excellenten Leistungen in Forschung und Lehre und maximaler Krankenversorgung durch Hochleistungsmedizin hat sich das UKSH als drittgrößtes Universitätsklinikum der Bundesrepublik eine Spitzenposition erkämpft. Daran haben die Beschäftigten einen großen Anteil und man wird nicht müde, ihnen dafür immer wieder Dank und Anerkennung auszusprechen – natürlich nur verbal!

Trotz der verbesserten wirtschaftlichen Bilanz ist es natürlich unmöglich, einen Sanierungsstau von ca. 700 Mill. Euro davon abzutragen. Diese finanziellen Versäumnisse, die allein die Landesregierungen zu verantworten haben, will man nun an einen „Dritten“ abgeben. Das Land ist pleite und durch die Schuldenbremse ist eine weitere Kreditaufnahme nicht möglich. Der Ausweg aus dem Dilemma heißt PRIVATISIERUNG, denn damit wird man

entweder die Kosten für die Krankenversorgung, Forschung und Lehre, und die baufälligen Gebäude oder gleich alles zusammen los.

Also wird flugs ein „Markterkundungsverfahren“ eingeleitet, um zu prüfen, wer sich denn so als potentieller Käufer für was interessiert.

Dies geschieht unter Mißachtung des bis 2015 geltenden Tarifvertrages, der bis dahin jeden Schritt in Richtung Privatisierung verbietet.

Die Landesregierung beteuert nun bei jeder Gelegenheit, daß alles nur „erkundet“ und „ergebnisoffen“ geprüft wird und natürlich hält man sich an den Tarifvertrag!

Nun liegen die Ergebnisse vor: Banken, Bauträger und Klinikketten sind am UKSH interessiert. Man kann annehmen, daß diese Interessenten das UKSH oder Teile davon als durchaus gewinnträchtig ansehen, warum sollten sie es sonst wohl kaufen wollen? Bestimmt nicht



aus humanitären Gründen!

Zeitgleich gelangen „Empfehlungen“ des Wissenschaftsrates, der ein Gutachten zur Bewertung der Situation am UKSH, an die Öffentlichkeit. Wichtigster Punkt: es wird die Defusionierung empfohlen! Zur Erinnerung: 2003 wurde sich für die Fusionierung ausgesprochen! Also alles wieder zurück auf LOS? Wieder zwei eigenständige Standorte? Zusätzliche Konkurrenz? Will man so die Stiftungsuni Lübeck vorbereiten?

Die Wellen schlagen hoch, der Vorstand des

UKSH gegen den Wissenschaftsrat, die Politik gegen den Vorstand usw. Herr Jost de Jager bekannte im SH-Magazin, daß man sich den Empfehlungen des Wissenschaftsrates kaum entziehen könne!

Dazwischen stehen die Beschäftigten, die sich immer mehr als Spielball der einzelnen Interessengruppen sehen. Sie arbeiten am Limit, geben alles und noch mehr zum Wohle der Patienten! Die EHEC-Krise sollte eigentlich deutlich gemacht haben, daß nur ein Maximalversorger in öffentlicher Hand mit so einer Epidemie umgehen kann (andere Krankenhäuser haben ihre Patienten mit den lebensgefährlichen Komplikationen in die Uni-Kliniken eingewiesen). Nun sind alle froh, dass die meisten Menschen Dank der Hochleistungsmedizin, des großartigen Einsatzes der Ärzt/innen, Pflegekräften und vielen anderen Mitarbeiter/innen wieder nach Hause entlassen werden konnten.

Da das Budget für die Kliniken gedeckelt ist, bleibt das UKSH nun auch noch auf den enormen zusätzlichen Kosten die die Intensivbehandlungen der vielen Patient/innen sitzen.

Unter anderem haben sich nun auch die wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personalräte des UKSH mit einem offenen Brief an Dr. Peter Harry Carsensen gewandt. Sie appellieren an die Abgeordneten des Landtages, eine politische Entscheidung zu Gunsten des UKSH als Ganzes in öffentlicher Hand zu treffen, Forschung und Lehre zu finanzieren und die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen und Mittel für die bauliche Sanierung bereit zu stellen.

WAS TUN?

Einmischen ist das Gebot! Es darf nicht allein den Beschäftigten überlassen bleiben, für ein öffentliches Klinikum zu kämpfen! Das UKSH ist kein gewöhnliches Krankenhaus, es ist der einzige Maximalversorger in SH, vereint Wissenschaft, Forschung, Lehre und Hochleistungsmedizin. Es ist für die Bürger/innen da und nicht für die Profitmaximierung von Konzernen!

Es braucht die aktive Solidarität von Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, alle Menschen in

SH sind potentiell Betroffene! Spannen wir einen Rettungsschirm für das UKSH und machen Druck auf die Landesregierung! Es darf keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Sanierung angeblich leerer Kassen geben!

Ein erster Schritt ist die massenhafte Mobilisierung und Teilnahme an der Großdemonstration „Über (das) Leben im Krankenhaus“; eine Kampagne von Arbeitnehmersvertretungen aus Krankenhäusern in Schleswig-Holstein.

Es geht bei den Forderungen vor allem um einen einheitlichen Bundes-Basisfall-Wert, aber auch um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten,

den Personal-Notstand und die daraus folgenden Bedingungen für die Patient/innen.

Die Demo beginnt um 10 Uhr auf dem Exerzierplatz in Kiel am 26.08.11

Wir, die DKP Kiel, werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln helfen, die Öffentlichkeit zu informieren und zu mobilisieren.

Wir wenden uns entschieden gegen jede Form der Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Gerecht geht anders!

B.L.

Kieler Gewerkschaft im Schlepptau der Kriegsmarine? – Wir sagen Nein!

Die Beschäftigten in den Marinearsenal-Betrieben in Wilhelmshaven und Kiel sorgen sich um ihre Arbeitsplätze. Allein im Kieler Betrieb droht der Abbau von 200 bis 300 Stellen. Darüber hinaus wurden Pläne für eine Privatisierung der durch die Arsenale bisher im Öffentlichen Dienst erledigten Arbeiten bekannt.

Gegen eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben haben wir uns immer ausgesprochen, in dieser Hinsicht haben die KollegInnen unsere Unterstützung. Ebenfalls in ihrem Protest dagegen, dass sie im Zuge der Bundeswehrreform nur noch als zu beseitigende Kostenfaktoren gehandelt werden, dass die berufliche Zukunft und das Auskommen Hunderter Kolleginnen und Kollegen und ihrer Familien zur Disposition gestellt wird. Solches Handeln liegt in der Logik kapitalistischen Wirtschaftens; solange wir den Kapitalismus nicht überwunden haben, kann nur solidarischer Widerstand verhindern, dass diese Logik in aller Brutalität zum Tragen kommt.

Die Marinearsenale sind allerdings keine normalen Industriebetriebe. Die Arbeiten, die dort verrichtet werden, folgen politischen Vorgaben. Den Vorgaben einer Politik, die sich immer mehr kriegerischer Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele bedient. Die Leitlinien

dieser Politik entsprechen den Interessen der großen Konzerne nach ungehindertem Zugriff auf Rohstoffe in aller Welt und Besetzung strategisch wichtiger Positionen auf allen Erdteilen. Die Kriegsmarine spielt dabei eine besondere Rolle. „Die See ist eine der wichtigsten wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands. Die Marine stellt die Handlungsfähigkeit Deutschlands auf See sicher.“ (www.marine.de: „Über uns“.) Längst schert sich in der Bundesregierung und in den Führungsstäben der Bundeswehr niemand mehr um die verfassungsmäßig gebotene Beschränkung des Militäreinsatzes auf die Landesverteidigung.

Die Marinearsenale sind Dienstleister aggressiv betriebener Weltmachtspolitik. Politiker wie den Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) stört das nicht; seine vorgebliche Solidarität mit den Beschäftigten drückt er so aus: „Wenn wir eine einsatzbereite Marine wollen, brauchen wir funktionsfähige Marinearsenale in Kiel und Wilhelmshaven.“ – Das ist der Punkt, Herr Albig:

Wir wollen keine einsatzbereite Kriegsmarine!

Wir wollen keine Bundeswehreinheiten in aller Welt!

Heißt das nun doch, dass uns der Arbeitsplatzverlust der betroffenen Kolleginnen und Kollegen egal ist? – Keineswegs! Aber wir appellieren an die arbeitenden Menschen im Marinearsenal: Lasst euch in eurer Angst um eure Arbeitsplätze nicht zu ideenlosen Handlangern imperialistischer Politik machen! Kämpft für den Erhalt eurer Betriebe durch öffentliche Aufträge unabhängig von der Bundeswehr! Kämpft zusammen mit Kolleginnen und Kollegen in der Metall- und Schiffbauindustrie für die Umstellung auf Friedensproduktion!

Das ist leichter gesagt, als getan. Aber es muss getan werden. Dieser Kampf muss organisiert geführt werden. Wenn der DGB und die Einzelgewerkschaften ihre Appelle für eine Welt ohne Kriege, wie sie sich im Aufruf des DGB zum Antikriegstag am 1. September finden, ernst meinen, dann muss sich diese Ernsthaftigkeit auch im Kampf für sinnvolle Arbeit im Interesse der arbeitenden Menschen, im Geiste internationaler Arbeitersolidarität beweisen.

Leider ist das nicht der Fall. Gemeinsam mit dem Kieler SPD-Vorsitzenden Rolf Fischer veröffentlichte der Kieler ver.di-Fachbereichsleiter und SPD-Ortsvereinsvorsitzende in Russee, Frank Hornschu, am 27. Juli eine Erklärung, die bedingungslos die verschwiemelte Sprache der Militaristen übernimmt:

„Die Sicherheit Deutschlands als größte Industrie- und Handelsnation Europas besitzt eine wichtige maritime Dimension. Die Sicherheit im 21. Jahrhundert ist angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen und zunehmender Marktverflechtungen aller Lebensbereiche global angelegt. Unser Globus

ist zu 7/10 mit Wasser bedeckt und bildet daher die gewaltige, alles umfassende und unzerstörbare maritime Rollbahn zur Projektion wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Einflussnahme.

Die Bedarfe, Erfordernisse und Herausforderungen der Marine ... sind hinreichend bekannt. Zur Bewältigung dieser Bedarfe und Erfordernisse sowie zur Überwindung der Herausforderungen braucht die Marine eine hoch kompetente und zuverlässige Dienstleistung. Diese Dienstleistung stellen und erbringen die Marinearsenalbetriebe an Nord- und Ostsee.“ Und das auch noch kostengünstiger, als Private das könnten.

Diese Position ist in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft nicht unumstritten, hat aber viele Anhänger. Nicht alle aus Überzeugung, viele aus reinem Opportunismus, aber die Folgen sind die gleichen: GewerkschafterInnen und ganze Gewerkschaftsorganisationen im Schlepptau der Marine.

Die gegebenenfalls gewaltsame Absicherung bzw. Durchsetzung „wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Einflussnahme“ mit Zustimmung der Gewerkschaft? Sollen wir vielleicht noch mehr Auslandseinsätze der Marine fordern, weil dann die Kriegsschiffe öfter gewartet werden müssen?

Die Militarisierung des öffentlichen Lebens steht auf der Agenda der Bundesregierung. Der Bundespräsident ist ihr eifriger Propagandist. In den Gewerkschaften darf dieser Ungeist keine Verbreitung finden. Auch dafür müssen wir kämpfen.

D.L.

Ich will mehr Infos über die DKP



Name/Vorname

Straße

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschieken an: **DKP-Parteivorstand • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Homepage: www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de**